

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Andreas Wagner, Dr. Gesine Löttsch, Lorenz Gösta Beutin, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm-Förster, Jörg Cezanne, Kerstin Kassner, Katja Kipping, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Amira Mohamed Ali, Sören Pellmann, Victor Perli, Ingrid Remmers, Dr. Kirsten Tackmann, Hubertus Zdebel, Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Freifahrtberechtigung für Menschen mit Schwerbehinderung im Regional- und Fernverkehr

Mit dem Besitz von Schwerbehindertenausweisen mit den Merkzeichen G, aG, H, Bl, Gl und VB/EB sowie dem entgeltlichen oder unentgeltlichen Erwerb entsprechender Wertmarken sind Vergünstigungen bei der Nutzung öffentlicher Mobilität verbunden. Immer wieder gibt es Anregungen von Betroffenen, diese Regelungen zu ergänzen. So sollten die Nachteilsausgleiche im öffentlichen Verkehr auf schwerbehinderte Menschen aller Merkzeichen ausgeweitet werden. Weiterhin wird angemahnt, dass angesichts der Ausdünnung beim Angebot der Regionalzüge und S-Bahnen Fernverkehrszüge generell in die kostenfreie Nutzung einbezogen werden sollten. Nur so können in verschiedenen Regionen z. B. regionale Zentren mit ihren Angeboten der Gesundheitsversorgung mit sinnvollem zeitlichem und finanziellem Aufwand erreicht werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Inhaber eines Schwerbehindertenausweises (nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch – SGB IX) gibt es nach Wissen der Bundesregierung?
2. Wie viele Inhaber eines Schwerbehindertenausweises (nach SGB IX) haben nach Wissen der Bundesregierung entgeltlich oder unentgeltlich Wertmarken erworben (bitte für die letzten zehn Jahre aufschlüsseln)?
3. Wie verteilt sich die Zahl der Schwerbehinderten nach den Merkzeichen im Schwerbehindertenausweis laut Schwerbehindertenausweisverordnung (SchwbAwV)?
4. Welche Kosten verursachen Freifahrtberechtigungen für Betroffene nach den Regelungen des SGB IX im Bereich Mobilität im Bundeshaushalt?
5. Welche sachlichen Gründe sprechen aus Sicht der Bundesregierung dafür, Behinderungsgruppen von den bisher bereits geltenden Freifahrtregelungen auszunehmen, obwohl sie diese benötigen?
6. Wie verteilen sich allgemein die gefahrenen Personenkilometer nach Regionalverkehr und Fernverkehrszügen (bitte für die letzten zehn Jahren aufschlüsseln)?

7. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass angesichts der Verringerung des Angebotes bei Regionalzügen und S-Bahnen die Freifahrtberechtigungen generell auf Fernverkehrszüge ausgeweitet werden sollten?
8. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass angesichts der Verringerung des Angebotes bei Regionalzügen und S-Bahnen die Preise für BahnCard 25 und BahnCard 50 für Schwerbehinderte weiter gesenkt werden sollten?

Berlin, den 26. Juli 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion